

(Grund-) Schule und Bildung in Neckarsulm - 20 Anmerkungen und Anregungen

In zwei Punkten (1a.- S. 1 ff. und 15a.- S.12) ergänzte, ansonsten nur geringfügig überarbeitete Fassung des Papiers vom September 2010.

Vorbemerkungen

1. In den Gesprächsrunden des Neckarsulmer Bürgerbeteiligungsprozesses "Netzwerk Soziale Stadt" werden unter anderem ungelöste Probleme in den Bildungswegen Neckarsulmer Schüler thematisiert. Immer wieder gelangt man dabei zu der Frage, wie die Elternhausabhängigkeit des Schulverhaltens und Schulerfolgs von Kindern und Jugendlichen verringert werden kann. Ein bis kommenden Januar tagender Expertenrat des Kultusministeriums will den "Zusammenhang von Herkunft und Bildungserfolg stärker entkoppeln" - auch so wäre die hiesige Aufgabe gut beschrieben. Die jüngsten Ergebnisse nationaler Schulleistungsuntersuchungen zeigten, dass der Bildungserfolg in Baden-Württemberg besonders stark von der sozioökonomischen Stellung der Eltern abhängt. Nach allem Anschein verhält es sich in Neckarsulm genauso. Hinzu kommt, dass bei einem der wenigen der Öffentlichkeit zur Verfügung stehenden Bildungsindikatoren, dem Schulübergang von der Grundschule auf die weiterführenden Schulen, Neckarsulm im Landesvergleich und im Vergleich mit sozial ähnlich strukturierten Kommunen bislang unterdurchschnittlich abschneidet, und dies bei überdurchschnittlichen kommunalen Investitionen in Gebäude und Ausstattung (siehe 1a.). Seit der ersten PISA-Untersuchung hätte sich demnach an dem Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg hier wie anderswo nichts geändert. Offensichtlich wurden die bislang ergriffenen Maßnahmen der Tiefgründigkeit der Problemstellungen nicht gerecht. Immer wurde zu kurz gesprungen, so könnte man sagen. Das Naheliegende wurde und wird übersehen, so werde ich argumentieren.

1a. *Schulübergänge in Neckarsulm:* Eine der wenigen Schulleistungsdaten, die das Land Baden-Württemberg (mit Einschränkungen bei kleinen Gemeinden) der Öffentlichkeit zur Verfügung stellt, sind die Übergänge von Grund- auf weiterführende Schulen, zu entnehmen der Struktur- und Regionaldatenbank des Statistischen Landesamts. Hierbei handelt sich um die tatsächlich vollzogenen Übergänge, nicht um die Empfehlungen der Grundschule. Die kleinste Einheit, die sich abfragen lässt, ist die der Gemeinde, unabhängig von ihrer Größe. Derzeit (Stand: 5.1.2011) sind die Zahlen zum Schuljahr 2009/2010 die jüngsten abrufbaren Daten.

Nun wird man *grundsätzlich* annehmen dürfen, dass eine hohe Zahl von Übertritten auf das Gymnasium bedeutet, dass in einer Schule besonders viele Schüler das dafür erforderliche Leistungsniveau erlangt haben. Umgekehrt wird man eine hohe Anzahl von Übertritten auf die Hauptschule (jetzt auch Werkrealschule) als Indiz dafür nehmen, dass sehr viele Schüler ein Leistungsniveau erreicht haben, das den Besuch eben dieser und keiner höheren Schulform nahelegt.

Seit dem Schuljahr 1994/95 weist die baden-württembergische Übergangsquote auf die Hauptschule einen ununterbrochenen Rückgang von 37,1 auf zuletzt (2009/2010) 24,2 Prozent auf. Im gleichen Zeitraum lag die Quote in Neckarsulm (von einigen Ausreißern nach oben und unten abgesehen) im Schnitt gleichbleibend um die 39 Prozent, zuletzt (2009/2010) bei 38,7 Prozent. Zur Veranschaulichung: bei einer Jahrgangsstärke von meist 300 Kindern in Neckarsulm, bedeuten 15 Prozentpunkte Unterschied 45 Kinder pro Jahrgang; Jahr für Jahr. Dabei erreichte keine der fünf Grundschulen Neckarsulm den Landesdurchschnitt, obwohl es zwischen den Schulen noch einmal beträchtliche - zum Teil naheliegende, zum Teil unverständliche - Unterschiede gibt.

Man mag gegen den Vergleich mit dem Landesdurchschnitt Einwände vorbringen. In welcher Gruppe also würden wären strukturell ähnliche Kommunen zu finden? Der sich anbietende Vergleich der *Großen Kreisstadt* Neckarsulm mit den anderen 90 Großen Kreisstädten des Landes macht die Abkoppelung von langjährigen Entwicklungen jedoch nur noch deutlicher: Zum Schuljahr 2009/2010 wechselten in keiner anderen Großen Kreisstadt prozentual mehr Kinder auf die Hauptschule als in Neckarsulm. 38,7 Prozent bedeuten Platz 91 unter 91 Städten. Diesen Befund hat entweder noch niemand erhoben oder er ist bislang nicht als Problem erschienen.

Es dürfte jedenfalls kein Trost sein, dass es in der unmittelbaren Umgebung im Durchschnitt nicht viel besser aussieht. In ihrer im Auftrag der Industrie- und Handelskammer Heilbronn-Franken erstellten und im Oktober 2010 veröffentlichten Studie "Zukunft Heilbronn-Franken, Bilanz 2010 - Aufbruch 2020" hat die Prognos AG die durchaus bekannten Zahlen aus dem regionalen Bildungsbereich aufgegriffen. Diese Studie kommt unter anderem zu dem Schluss, es bedürfe "... einer frühzeitigen Mobilisierung von Schülern für hochwertige Schul- und Bildungsabschlüsse." (S. 5). Ferner heißt es in der Studie: "Struktureller Nachholbedarf besteht insbesondere bei der Schließung der Abiturientenlücke sowie der allgemeinen Erhöhung des Bildungsniveaus in der Region Heilbronn-Franken." (S. 50) Außerdem, und dies zeigt, worauf die fehlende frühzeitige Mobilisierung letztlich unter anderem hinausläuft, könne "jeder zweite Bürger mit Migrationshintergrund keinen Berufsabschluss vorweisen." (S. 128) Ein möglicher Grund laut Prognos: "Kindern mit Migrationshintergrund fehlt der Zugang zu einer qualifizierten Ausbildung." (S. 132) Viele der nachfolgenden

Punkte dieses Beitrags befassen sich damit, woran das liegen könnte. Sicher ist jedenfalls, was die Region im Allgemeinen und Neckarsulm im Besonderen nicht von anderen Regionen unterscheidet: Schüler und Eltern sind statistisch gesehen überall gleich, ebenso das Ausbildungsniveau und die Einsatzbereitschaft der Lehrer. In Sachen Infrastruktur dürften Neckarsulmer Schulen eher als bevorzugt denn als benachteiligt gelten. Bleiben also nur organisatorische Faktoren: die Unterrichtsorganisation, die örtliche Schulstruktur und die Intensität der Elternarbeit. Es muss hier eine *These* genügen: An Grundschulen, an denen sich der Anteil von Schülern, die auf Hauptschulen wechseln, signifikant verringert hat, wird man mindestens einen der folgenden Faktoren vorfinden: eine Zunahme bzw. die Einführung differenzierender Unterrichtsformen, eine Veränderung in der Schulstruktur (eine neue Realschule, ein neues oder neu ausgerichtetes Gymnasium, kurzum öffentliche oder private Schulgründungen in zumutbarer Entfernung) oder ein intensives, über die formal vorgesehene Kooperation hinausgehendes Zusammenwirken von Schule und Eltern sowie zwischen Eltern.

Quellen zu 1a.:

Struktur- und Regionaldatenbank des Statistischen Landesamts Baden-Württemberg.

<http://www.statistik-bw.de/SRDB/home.asp?H=BildungKultur>

Rainer Wolf: Deutlicher Rückgang der Schülerzahlen an allgemeinbildenden Schulen zu erwarten, in: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg: Statistisches Monatsheft 3/2010, S. 3-12.

http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de/Veroeffentl/Monatshefte/PDF/Beitrag10_03_01.pdf

Prognos, im Auftrag der Industrie- und Handelskammer Heilbronn-Franken: Zukunft Heilbronn-Franken, Bilanz 2010 - Aufbruch 2020, Oktober 2010.

http://www.prognos.com/fileadmin/pdf/aktuelles/101028_Studie_Zukunft_Heilbronn-Franken.pdf

2. Vor diesem Hintergrund erscheint es für den Bildungsbereich ratsam, zunächst einmal eine Verständigung von engagierten Bürgern und Entscheidungsträgern über diejenigen Punkte zu erzielen, an denen man ansetzen müsste, um in absehbarer Zeit wirksame und nachhaltige Verbesserungen zu erzielen. Angesichts der scheinbaren Allgegenwärtigkeit von Problemen wird man auch um das Setzen der richtigen Schwerpunkte nicht herumkommen. Während die Teilnehmer des Netzwerkprozesses im Allgemeinen zurecht ermuntert wurden, "ihre private Interessen zu verfolgen" (HSt vom 21.7.2010), könnte dies im lokalen Bildungssektors allerdings zu einer Verstärkung der bereits bestehenden Sozialabhängigkeit von Schulen führen, nämlich dann, wenn sich die engagierten und kompetenten Bürger an wenigen Stellen ballen. Dies kann nicht im kommunalen Interesse liegen. Für den Bildungsbereich können wir nicht darauf hinarbeiten, dass an einzelnen Stellen aufgrund der Initiative Einzelner oder Weniger gleichsam zufällige Verbesserungen erzielt werden. Bildungsinitiativen müssen die ganze Gemeinde im Blickfeld haben.

3. Notwendig sind daher Hinweise auf Handlungsspielräume, deren Ziel es ist, die Leistungsfähigkeit und Effektivität des kommunalen Bildungswesens anzuheben. Dazu bedarf es insbesondere der aktiven Mitwirkung unserer öffentlichen Schulen, deren Rektoren und Lehrerschaft wir keine Anweisungen erteilen können, sondern die wir nur mittels Überzeugung dazu bewegen können, auf manchen Gebieten einen anderen Kurs einzuschlagen. Der enge Kreis der Entscheidungsträger in einer Kleinstadt wie Neckarsulm ist recht klein, selbst der erweiterte Kreis ist noch immer überschaubar. Dadurch wird es schwierig, Defizite oder bislang Versäumtes öffentlich zu benennen, ohne dass sich konkrete Personen angesprochen fühlen. Es geht jedoch nicht um Vorhaltungen, sondern um Anregungen. Jede Person möge sich also dort angesprochen fühlen, wo sie zu dem Schluss kommt: "Ja, hier sollte und könnte tatsächlich eine Veränderung erfolgen, und ich könnte in meiner Stellung einen Beitrag dazu leisten." Ohne eine offene Debatte über den Status quo lassen sich jedenfalls keine Verbesserungen, von denen letztlich die ganze Kommune profitieren soll, erzielen.

Transparenz herstellen

4. Vor allem anderen steht die Forderung nach Transparenz des kommunalen Schul- und Bildungsgeschehens. Erst auf der Grundlage von Fakten und ihrer fairen Beurteilung lassen sich die vielfältigen, sich oft widersprechenden Anforderungen an die Schulen diskutieren und eine Konzentration auf vorrangige Aufgabenstellungen bewerkstelligen. Der "Ruf einer Schule" besagt für den einzelnen Schüler noch gar nichts. Und trotzdem wird die Haltung vieler Eltern gegenüber ihrer Schule von Meinungen mitbestimmt, die einen Faktencheck nicht bestehen. Das Kultusministerium wurde erst im April 2010 vom Verwaltungsgericht Stuttgart dazu verurteilt, schulbezogene Daten einzelner Schulen öffentlich machen, insbesondere durchschnittliche Abiturnoten und Durchfallquoten an Gymnasien sowie die Quoten von Schulabbrechern aller Schularten. Das Land wird allerdings in Berufung gehen und versucht so, das Notwendige zu verhindern, nämlich jede einzelne Schule zu untersuchen, warum hier, je nachdem, besonders gute oder besonders schwache oder eben durchschnittliche Ergebnisse erzielt werden. Die Ursachen können ja jeweils außerhalb des Einflussbereichs von Schulleitung und Lehrerschaft liegen. Angesichts der bisherigen Sozialabhängigkeit deutscher Schulen geht es dabei immer um Schulleistungen oder Schulschwächen in Bezug auf bestimmte soziale Gruppen. Im Grunde ist die Einrichtung der sogenannten Brennpunktschulen nichts anderes als das vernünftige Eingeständnis, dass manche Schulen mit schwieriger Schülerschaft eben mehr Mittel benötigen. Dieser Weg wäre vor Ort weiterzugehen, um festzustellen, wo die eine Schule etwas besonders gut, anderes aber eher schlecht macht und umgekehrt. Auch dies wird ei-

gentlich seitens des Landes über die Instrumente Selbst- und Fremdevaluation angestrebt, ist allerdings mangels Sanktionierungen (bzw. Belohnungen) kaum ein geeignetes Mittel, um zeitnah Veränderungen zu bewirken. Hier würde Öffentlichkeit gewiss mehr bewirken, zumal dies automatisch bedeutet, dass die Öffentlichkeit nicht nur bei der Benennung von Problemen, sondern auch bei deren Minderung mitwirken muss. Konkret: wer behauptet, an dieser oder jener Schule hätte eine Gruppe von Schüler schlechtere Chancen als anderswo, dem könnte es passieren, dass a) die Behauptung durch Schulleistungsdaten gar nicht bestätigt wird, b) falls doch, es sich herausstellt, dass "seine Gruppe" Gelegenheiten zur Verbesserung der Situation nicht wahrgenommen hat, oder aber c) dass er völlig Recht hat und die Schulen noch etwas dazulernen müssen. Hierzu sind dann konkrete und realistische Verbesserungsvorschläge gefragt. Meine Erwartung wäre, dass sich die Neckarsulmer Schulen jeder Prüfung von Leistungsdaten stellen können, weil eventuell bestehende Schwächen nicht durch persönlich zurechenbares Versagen begründet sind, sondern aus einer vertrackten Gemengelage von Schuldzuweisungen herrühren, denen durch simple Maßnahmen nicht beizukommen ist. Gäbe es einfache Lösungen, hätten wir keine Probleme; und wären die Probleme an allen Schulen gleich, vermutlich auch nicht. Aber wir sollten grundsätzlich auch anerkennen, dass an manchen Schulen, ja in manch ganzen Kommunen bessere Ergebnisse unter vergleichbaren Bedingungen erzielt werden.

Schwerpunktsetzung bei Schülern der ersten bis sechsten Klassen

5. Ein Schwerpunkt kommunaler Bildungsanstrengungen sollte auf die Grundschulzeit und die ersten beiden Jahren der weiterführenden Schulen gelegt werden. Ziel sollte es sein, die Kinder während der ersten Hälfte ihrer Schulzeit auf die bestmögliche Spur zu setzen und vor allem den bestmöglichen Erwerb sprachlicher Kompetenzen zu erreichen. Bevor pubertätsbedingte Verhaltensprobleme auftauchen und Unterrichtung erschweren könnten, sollte hier ein Niveau erreicht werden, das schlimmstenfalls nur noch konserviert werden muss und trotzdem für den Ausbildungseinstieg ausreicht. Mittelfristig würde dies die aktuell schwerwiegenden Probleme am Ende des Schulwegs (fehlender oder schlechter Schulabschluss bzw. katastrophale Deutsch- und Mathematikkenntnisse) verringern helfen. Die vierjährige Grundschulzeit wird dabei häufig weiterhin zu kurz sein, um bestimmte Zwischenziele, vor allem die altersgerechte Beherrschung der deutschen Sprache, zu erreichen. Deswegen muss die Grundschulzeit aber nicht verlängert werden. Es genügt, die dort begonnenen Maßnahmen noch einige Zeit in den weiterführenden Schulen fortzusetzen. Solange Jugendliche am Ende ihrer Schulzeit teilweise noch zu geringe Kenntnisse haben, bedarf es auch zusätzlicher Initiativen zur Verbesserung des Übergangs von der Schule in die Ausbildung.

Mut zur Differenzierung

6. Im Blickpunkt der Bildungsdiskussion steht das leistungsmäßige untere Drittel der Schülerschaft, das vor allem aus einkommensschwachen Familien stammt oder aus Familien, in denen zuhause nicht genügend oder nicht gut genug Deutsch gesprochen wird. Hier nun muss viel stärker als bislang unterschieden werden zwischen (verkürzt gesagt) lernunwilligen Schülern einerseits und "ergebnisschwachen", aber leistungswilligen und eifrigen Schülern andererseits, insbesondere wenn bei letzteren auch das Elternhaus erkennbare Anstrengungen unternimmt, vorhandene Ambitionen zu fördern. Hierauf sollten kommunales Engagement und Investitionen konzentriert werden. Der verbreitete Aberwille gegen "die" Hauptschule rührt daher, dass ambitionierte Eltern befürchten, dass ihre Kinder dort von lernunwilligen und unerzogenen Kindern "heruntergezogen" werden. Hier könnten kommunale Bildungseinrichtungen wie die Volkshochschule helfen, indem sie einen Schwerpunkt bei guten Hauptschülern setzt. Edutainment-Kurse, zumal wenn sie faktisch in der Hand der immer gleichen Kinder sind, sollten dagegen eine geringe Priorität genießen.

"Massive Intervention" bei Förderprogrammen; Bildungsplanung und Förderkoordination durch die Schulen

7. Wenn der schulische Unterricht nicht ausreicht, muss die Unterrichtszeit in die - für junge Schüler meist verfügbare - Ferienzeit ausgedehnt werden. Wichtiger noch als Ganztageschulen (zumal wenn die Angebote eher Betreuungs- als Unterrichtscharakter haben) wäre also eine *Ganzjahresunterrichtung* für die lernwilligen und belastbaren Schüler. Derzeit sind alle Fördermaßnahmen an die Schultage gebunden. Diese machen aber nur 55 Prozent aller Tage im Jahr aus. Es bleibt folglich ein riesiges häufig ungenutztes Potential an Zeit, das den (oft hilflosen) Eltern überlassen bleibt. Statt zweier Förderstunden pro Schulwoche sind ganze Wiederholungs-, Vertiefungs- oder Übungsblöcke in den Kernfächern denkbar, die über einen längeren Zeitraum hinweg eine *massive Intervention* in die Schulleistungsentwicklung eines Kindes darstellen und mit hoher Wahrscheinlichkeit größere Effekte erzielen würden als das Auf und Ab an Lernzeit zwischen Schul- und Ferienzeiten.

Beispielhaft für eine "massive Intervention" ist der kürzlich (am 26.7.) in der *Heilbronner Stimme* vorgestellte Kurs der Volkshochschule Heilbronn, der es Neuntklässlern von Realschulen und Gymnasien erlaubte, den Hauptschulabschluss zu machen. Dazu reichten keine zwei Förderstunden in der Woche, weshalb das Projekt 200 Stunden in knapp sechs Monaten vorsah. Genau hierin liegt ein großes Problem unserer schulischen Fördermaßnahmen: Sie sind vom Umfang einfach zu gering (vor allem übers Gesamtjahr betrachtet), um Erfolg versprechend zu sein, werden daher oft nur

halbherzig wahrgenommen und von manchen Eltern fälschlicherweise auch noch als diskriminierend angesehen, wenn sie anstelle regulärer Unterrichtsstunden treten. Eine Mutter sagte mir: "Wenn ich mein Kind *nicht fördern* lasse, kommt es auf die Hauptschule. Wenn ich es *fördern* lasse, kommt es auch auf die Hauptschule. Wozu also der ganze Stress mit dem Kind?" Diese Argumentation hinkt zwar mehrfach, weist aber auf das Kernproblem einer letztlich zu geringen, nicht wirklich aussichtsreich erscheinenden Förderung, und sie erklärt zum Teil auch, warum bestehende Förderangebote gar nicht angenommen werden. Denn es erscheint ja paradox zu sein, dass Schulleiter hartnäckig um jede Förderstunde für ihre Kinder kämpfen und sich dann nicht selten mit Desinteresse konfrontiert sehen. Motivationszuwachs durch sichtbare erfolgreiche Beispiele, die aber nur bei höherem Fördervolumen zu erreichen sind, dies könnte durchaus ein Schlüssel sein.

8. Neben den schulischen Förderunterricht treten heute der elterliche Unterricht, Förderunterricht durch schulnahe Bildungsträger sowie immer häufiger auch private Nachhilfe durch schulfremde Personen. Daran erkennt man dass a) die Nachfrage nach Förderung generell groß und b) das Angebot dafür irgendwie auch vorhanden ist, vor allem aber dass c) manche Kinder mit einem regelrechten Förderwirrwarr konfrontiert sind. Verschiedene Personen, die sich, mal hier, mal da mit verschiedenen Methoden und Materialien am Kind zu schaffen machen, das kann eigentlich kaum gutgehen. Es braucht dringend einer planvollen Koordination dieser Förderaktivitäten mit dem Ziel, Sprach- und Verständnisprobleme zu beheben, zumindest stark zu vermindern. Diese Koordination kann nur von der jeweiligen Schule ausgehen. Sie muss in Absprache mit den Eltern realistische Zielsetzungen und den Fahrplan für außerschulische Förderung ausarbeiten, nach dem ausschließlich geeignete Personen mit dem Kind arbeiten. Nun sind Schulen nicht umsonst schon längst aufgefordert, individuelle Förderpläne zu erstellen, scheuen aber davor zurück, vielleicht weil sie selbst die zu ihrer Umsetzung notwendigen Ressourcen nicht haben. Müssen sie jedoch gar nicht. Und auch nicht jedes Kind braucht einen schulischen Förderplan. Es ist die eingangs genannte Gruppe, in der Schüler wie ihre Eltern Führung brauchen.

Das letzte Halbjahr der Grundschule nutzen

9. Es ist ein allgemeines Problem: Wenn man schon ein Grundschulsystem hat, das erst zwei Jahre den Eindruck erweckt, Noten seien nicht so wichtig, um dann ab der dritten Klasse binnen dreier Halbjahre ein auf Noten basiertes Zuweisungsverfahren für die weiterführenden Schulen abzuschließen, dann kann man daran anschließend nicht ein halbes Jahr die Illusion einer schönen Grundschulklassengemeinschaft aufrechterhalten und wertvolle Schulzeit damit verschwenden, nicht mehr Gleiche wie Gleiche zu behandeln und dabei keinem richtig gerecht zu werden. Stattdes-

sen wären, wo immer die Jahrgangsstärke dafür ausreicht, die künftigen Gymnasialkinder auf die Anforderungen dieses Schultyps vorzubereiten, ebenso die Realschüler und die künftigen Haupt- oder Werkrealschüler. Dann hätten auch die beiden letzteren eine weitaus bessere Chance, in der Orientierungsstufe zu belegen, dass sie vielleicht doch für die nächsthöhere Schulart geeignet sind. Entscheidend aber ist, dass hier ein halbes Schuljahr lang genutzt werden könnte, um das bis dahin nicht erlangte *Können* mittlerweile recht weit entwickelter Kinder bedarfsgerecht zu *verbessern*, und zwar in einem Umfang, der durch stundenweise Fördermaßnahmen niemals erreicht werden könnte. Es ist derzeit nun einmal so, dass die einen Kinder bereits vermehrt Englisch lernen oder größere Projekte bearbeiten könnten und sollten, während andere noch mit den grundlegenden Fragen der deutschen Grammatik kämpfen.

Herkunftssprachen wertschätzen

10. Ein weiteres allgemeines Problem: Unsere weiterführenden Schulen sind auf wenige moderne Fremdsprachen fixiert. Anstatt zumindest Türkisch und Russisch als *zweite Fremdsprache in Realschulen und Gymnasien* anzubieten und so gerade Schülern mit entsprechendem Zuwanderungshintergrund entgegenzukommen, tritt unser Schulsystem vielen jungen Staatsbürgern auf diesem Gebiet schlicht feindselig entgegen. Was sich bis dahin als erschwerend erwiesen hat, das zweisprachige Aufwachsen (meist ohne Aufsicht akademisch geschulter Eltern), und von den Kinder Mehranstrengungen verlangte, könnte als harter Anreiz dienen, um höhere Schulabschlüsse auf direktem Weg zu erlangen, ohne dass eine weitere intellektuelle Mehrleistung (Vier- bis Fünfsprachigkeit im Gymnasium) verlangt wird. Die Aussicht, dass sich der schulische Nachteil der Zweisprachigkeit, später in einen schulischen Vorteil verwandeln könnte, würde mit Sicherheit einen (zunächst von Eltern vermittelten) Motivationsschub für viele Schüler bedeuten. Und der Exportnation Deutschland würde etwas mehr sprachlich-kulturelle Vielfalt gut tun. Nach Angaben des Statistischen Bundesamts betrug das deutsche Exportvolumen 2009 nach Russland 20,5 Mrd. Euro und in die Türkei 11,5 Mrd. Euro. Letzteres ist mehr als die Zahl für Japan (10,7 Mrd. Euro) und entspricht der Summe für alle spanischsprachigen Länder Lateinamerikas bzw. einem guten Drittel der Exporte nach Spanien (31,2 Mrd.). Rein rechnerisch müsste also jedes fünfte Gymnasium Türkisch zumindest als dritte Fremdsprache anbieten, das wären zwei im Großraum Heilbronn. Und wem dieses Argument zu wirtschaftslastig ist, hier noch ein touristisches: seit 2008 liegt die Türkei als weltweites Reiseziel vor Deutschland.

Sollen alle Kinder aufs Gymnasium? Die Notwendigkeit früher Aufklärung über das Bildungssystem

11. Wenn viele Schüler massiv gefördert werden sollen (und man womöglich den Einwandererkindern noch an der einen oder anderen Stelle entgegenkäme) wird und sollte das dazu führen, dass sie sich alle für den Übergang auf eine Realschule oder das Gymnasium qualifizieren? Das ist nicht das primäre Ziel. Es kommt darauf an, was Schüler in der 4. oder 6. Klasse *können*, nicht auf welcher Schule sie sind oder auf welche sie gehen werden. Das allgemeinbildende Gymnasium ist eigentlich eine sehr spezifische Schulart, für die man sich nicht nur durch gute Deutschkenntnisse und ordentlich Rechenleistungen qualifiziert. In der gegenwärtigen Lage wäre es allerdings naiv anzunehmen, dass bspw. eine höhere Zahl von Gymnasialempfehlungen keine höhere Anmeldezahlen im örtlichen Gymnasium zur Folge hätte. Sowohl für die Einschätzung von Eltern, welche weiterführende Schule die richtige ist, als auch für die Notwendigkeit, Entscheidungen gegebenenfalls zu revidieren, bedarf es einer viel offeneren, frühzeitigeren und intensiveren Information der Eltern über das deutsche Schulsystem. Nur dann ist mittelfristig auch ein entspannterer Umgang aller Beteiligten mit dem Problem "Schulübergang" bzw. "Schulformwechsel" möglich. Das entscheidende Ziel ist, dass mehr junge Schüler und ihre Eltern auf der Basis verbesserter Schulleistungen mit dem Gefühl unterwegs sind, dass die Schulzeit bestmöglich enden wird. Die gegenwärtig verbreitete Einschätzung, dass der Besuch einer Hauptschule einem Weltuntergang nahekommt, rührt ja nicht nur daher, dass die Betroffenen die nachfolgenden Aufstiegschancen nicht sehen, sondern daher, dass ihre Kinder bei oft höherem Aufwand schlicht viel weniger können als andere, obwohl sie schon seit vier Jahren im deutschen Schulsystem stecken, und zuvor drei Jahre den Kindergarten besuchten. (2009 besuchten in Baden-Württemberg 95 Prozent der drei- bis sechsjährigen Migrantenkinder den Kindergarten; in Neckarsulm dürfte die Zahl ähnlich hoch liegen. In Schleswig-Holstein dagegen besuchten nur knapp 69 Prozent der drei- bis sechsjährigen Migrantenkinder einen Kindergarten. Dies bedeutet aber offensichtlich für die schulische Integration zunächst gar nichts! Denn der jüngste Bildungsmonitor der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft zeigte auf, dass Baden-Württemberg, insgesamt auf Platz 3 eingestuft, im Handlungsfeld "Integration" auf Platz 15 liegt und Schleswig-Holstein auf Platz 3. Es scheint also vor allem darauf anzukommen, was in der Schule passiert.)

12. Ein häufig formulierter, oder in Gesprächen durchschimmernder, Einwand behauptet, man könne bzw. solle Schüler nicht durch intensive Fördermaßnahmen "nach oben drücken". Die schulischen Angebote plus die eine oder andere Fördermaßnahme würden ausreichen, um das Kind begabungs- und leistungsgerecht zu beurteilen und auf dieser Basis dem passenden Schulweg zuzuführen.

ren. Richtig ist, dass wohl nicht alle Kinder für eine intensive Förderung in Frage kommen; das ist auch nicht notwendig. Richtig ist auch, dass die Schulen mit ihrem Auftrag und ihren Mitteln bei manchen Schülern nur ein bestimmtes Leistungsniveau erreichen können, zumal wenn die Startbedingungen nicht optimal sind. Falsch ist es, den gegenwärtigen Stand als gegeben hinzunehmen. Es kommt nicht darauf an, die Kinder richtig zu beurteilen, sondern ihr Können zu vergrößern. Tatsache ist, dass wir dabei den gesamten Alterszeitraum zwischen null und zehn bis zwölf Jahren in den Blick nehmen müssen. Über diesen Zeitraum sollten Familien und Schulen in der Summe in etwa denselben Aufwand an Bildungsanstrengungen unternommen haben. Manche Kinder kommen nun einmal mit den besten Voraussetzungen für die Rolle des Schülers in unsere Schulen und erreichen mit den bereitgestellten Unterrichtsressourcen das optimale Niveau, wenn sie zehn oder zwölf sind. Andere können das nur schaffen, wenn sie mit Schulbeginn, oder bald darauf, deutlich mehr tun. Und eine relevant hohe Zahl wird dies auch tun und dadurch mit zehn oder zwölf ebenfalls ihr optimales Niveau erreichen. Unser Schulsystem verschiebt dies unnötigerweise auf später und riskiert dabei Niveauverluste. Aus dem Befund, dass die Grundschule aufgrund ihres begrenzten, für weite Teile der Schülerschaft durchaus ausreichenden, Unterrichtsangebots objektiv nicht in der Lage sei, die Eingangsunterschiede auszugleichen, wird der falsche Schluss gezogen, dass dies auch nicht möglich sei. Über den Schulunterricht vielleicht nicht, aber durch eine intelligente Organisation effektiven außerschulischen Lernens schon. An kompetenten und engagierten Institutionen und Personen, die eine Ganzjahresunterrichtung durchführen können, und an der gegebenenfalls notwendigen finanziellen Unterstützung solcher Aktivitäten, zumal wenn sie leistungsabhängig gewährt wird, sollte es in Neckarsulm nicht zu fehlen.

Einbindende Elternarbeit statt Elternerziehung; Empathie zwischen Eltern

13. Eltern auf der einen, Lehrer und Schulleitung auf der anderen Seite stehen sich oft konfrontativ gegenüber. Schon die formale Elternarbeit funktioniert nicht überall im wünschenswerten Maße. Sie würde aber ohnehin nicht ausreichen, weil z.B. Elternbeiräte nicht annähernd das Spektrum der Elternschaft einer Grundschule repräsentieren, sondern in aller Regel eine homogene und schulnahe Gruppe engagierten Eltern darstellen. Was wir aber brauchen, sind mehr oder minder feste Strukturen, in denen sich Eltern, die ganz unterschiedliche Interessenlagen und Erwartungen an die Schule mitbringen, wahrgenommen finden. Umgekehrt sollten auch die Schulen schulische Verhaltensweisen (also sich selbst) viel stärker erklären. Idealerweise würde sich mit der Zeit eine Kultur des Austauschs herausbilden, in die dann auch Neuankömmlinge hineinwachsen können. Mit der gegenwärtigen Tendenz zur Elternerziehung hingegen wird man die bestehenden Verkrustungen im Schule-Eltern-Verhältnis nicht aufbrechen. Der am meisten versprechende Weg ist die Gestaltung

eines Sozialisationsprozesses, der Eltern über die rein förmlichen Kontakte hinaus in das Schulgeschehen einbindet. Gelingt dies, wird man auch auf Elternkurse und ähnliche Maßnahmen weitgehend verzichten können.

14. "Es reicht mir nicht, Erfolg zu haben. Andere sollen scheitern." Dieses mehreren Autoren zugeschriebene Zitat mag nüchtern betrachtet für die heutige Situation zutreffen. Schul- bzw. Ausbildungsabsolventen stehen in den meisten Gebieten noch in Konkurrenz um Ausbildungs- und Studien- bzw. Arbeitsplätze. Für die Kinder, die dieser Tage eingeschult werden, trifft dies schon aufgrund ihrer schwindenden Zahl definitiv nicht zu. Im Gegenteil: der Misserfolg des Nachbarkindes, der heute dem eigenen Kind noch zum Vorteil gereicht, könnte bald schon den eigenen Misserfolg mit sich bringen. Ein mühsam erworbener Ingenieurstitel wird möglicherweise (zumindest hierzulande) nichts nutzen, weil die qualifizierten Fachkräfte für die Produktion neuer Entwicklungen fehlen. Dies ist in Ansätzen bereits heute erkennbar und wird sich künftig auf andere Gebiete ausweiten. Daher sollten die etablierten Familien eine uneingeschränkt positive Haltung zu wirkungsvollen "massiven" Fördermaßnahmen für andere als die eigenen Kinder einnehmen und sich darüber freuen, wenn ihr Kind auch ohne solche Maßnahmen gut zurecht kommt. "Der eigene Erfolg genügt nicht. Es bedarf des Erfolges des anderen." - das könnte ein wahrhafter "Neckarsulmer Weg" sein. Eltern sollten dabei mehr Empathie für die Situation anderer aufbringen. Das ist nicht einfach, wenn sich gewisse Bevölkerungsteile strukturell benachteiligt sehen (in vielerlei Hinsicht durchaus zu Unrecht) und daher ganz defensiv und überempfindlich auf Anforderungen wie Angebote seitens der Schule und seitens hilfsbereiter Eltern reagieren. Solange der Schulerfolg so stark mit der Eignung von Eltern als Hilfslehrer korreliert wie bislang, versprechen aber die geforderten atmosphärischen Veränderungen allein wenig Erfolg.

15. Insbesondere türkisch(stämmig)e Eltern beklagen, dass sie durch die Integrationsdebatten in die Ecke für Problemfälle gedrängt würden. Solange bestimmte Gruppen so deutliche statistische Auffälligkeiten im Bildungsverhalten und beim Bildungserfolg aufweisen, wird es in der öffentlichen Diskussion unvermeidlich sein, dass man von "den Türken" (oder den "bildungsfernen" Deutschen) spricht, selbst wenn mehrheitlich gar keine dramatischen Probleme vorliegen. Diesen Umstand werden die betroffenen Gruppen schlicht solange aushalten müssen, bis die statistischen Daten eine Angleichung belegen. Gruppen, in denen enge Bindungen an ihr Herkunftsland üblich sind, müssen erkennen, dass dies für den Bildungserfolg ihrer Kinder sehr häufig problematisch ist. Das heißt nicht, dass die Bindungen aufgegeben werden müssen, sondern dass sie eben problembehaftet sind und dass es besonderer Anstrengungen bedarf, wenn sich die Kinder - statistisch gesehen - entsprechend dem Durchschnitt entwickeln sollen. Bei allen Misstönen, welche die Debatte prägen und die

häufig einfach nur Verkürzungen geschuldet sind, muss hier auf allen Seiten eine gewisse Gelassenheit vorherrschen, ohne die die erforderliche Zusammenarbeit in der Sache nicht gedeihen kann.

15a. *Spiegel Online* berichtete am Neujahrstag über Studienergebnisse, wonach Einwanderer - und insbesondere türkischstämmige Einwanderer - Aspekte der Schullaufbahn ihrer Kinder markant anders einschätzen als Einheimische. Ursache sind besondere Motivationslagen und Zielsetzungen. Hier sind Annäherungen notwendig, die wiederum nicht über Belehrungen, sondern über Erläuterungen zu erzielen sind, also nicht per Faltblatt, sondern im Gespräch. Den Schulen kann man diese Aufgabe nicht allein überantworten, schon weil ihnen diese Aufklärungsarbeit regelmäßig als unzulässiger Beeinflussungsversuch angelastet würde. Sicherlich ist dies ein Feld, in dem die neue Integrationsbeauftragte der Stadt eine bedeutsame Rolle spielen kann.

(*Quelle*: Bildungskluft. Einwanderer überschätzen deutsche Schulen, in: Spiegel Online vom 1.1.2011. Internet: <http://www.spiegel.de/schulspiegel/wissen/0,1518,736392,00.html>)

16. Den Elternhaus-Aspekt abschließend wäre noch auf eine besondere Kuriosität hinzuweisen, nämlich die verbreitete Erwartung, dass "Bildungsferne" sich doch bitte bildungsnah im Sinne der schulischen Anforderungen verhalten mögen. Nun haben diese Personen das deutsche Schulsystem in aller Regel vollständig durchlaufen und sind dabei offensichtlich "bildungsfern" geblieben oder geworden. Und nun sollen sie als Erwachsene, häufig in einer schwierigen psycho-sozialen Lage befindlich, "Bildungsnähe" entwickeln und der Schule in geeigneter Weise assistieren können? Darauf kann (und soll) man gewiss hinarbeiten, bauen lässt sich auf eine solche Strategie aber nicht.

Koordination durch die Kommune und etablierte Institutionen

17. Da die genannten Organisations- und Koordinationsaufgaben von den Schulleitern und der kommunalen Schulverwaltung kaum allein geschultert werden können, bedürfte es eines "Kommunalen Bildungskoordinators". Diese Rolle könnte durchaus ein/e Integrationsbeauftragte einnehmen, da *Integration durch Bildung* als ein wirkungsvolles Mittel gelten darf, um Migranten und Eingesessene - gleichsam über die Kinder - in engeren Kontakt zu bringen. Erst dann werden sich Zuwanderer auch in stärkerem Maße als bisher in neuen oder etablierten Einrichtungen engagieren. Voraussetzung für solches Engagement ist nämlich die Identifikation mit den Zielen von Institutionen und der Wahrnehmung eines eigenen Gestaltungsspielraums. Im Bildungsbereich ist hier erst dann eine Angleichung zu erwarten, wenn sich auch die Aussichten auf Bildungserfolg statistisch angleichen. Ein simpler Deal "Hier ein Förderangebot mehr, dafür bitte auch mehr ehrenamtliches Engagement" verspricht dagegen zunächst wenig Erfolg. Erst wenn Bildungserfolge nicht mehr in der fern erscheinenden Zukunft liegen, sondern im schulischen Alltag der Kinder erlebt werden,

werden die Migranten unser Bildungssystem als Ganzes stärker unterstützen. Derzeit, so muss man nüchtern konstatieren, reichen die Handlungsspielräume vieler Eltern ja oft nicht einmal aus, um die eigenen Kinder im Schulsystem wie erhofft zu platzieren. Wie kann man dann Einsatz für Dritte erwarten?

18. Es wird sich zeigen müssen, inwieweit vor allem die Schulen - in Abstimmung mit ihrer Elternschaft - neue Pfade gehen wollen und können. Anbieter, ob öffentlich oder privat, die den genannten (leicht zu ergänzenden) Hinweisen folgten, würden in Neckarsulm gewiss starken Zulauf erfahren. Daher wäre ein gemeinsames Vorgehen aller Bildungsinstitutionen wahrscheinlich besser als eine Spezialisierung einzelner Einrichtungen. Wozu die Empfehlungen des eingangs erwähnten Expertenrats auf Landesebene führen werden, ist heute nicht absehbar; vermutlich eher zu neuen Fördertöpfen als zu Strukturveränderungen. Ein guter kommunaler Bildungsplan wäre jedenfalls eine gute Grundlage, um aus neuen oder bestehenden Fördertöpfen schöpfen zu können.

Was also konkret tun?

19. *Ein* Augenmerk sollte auf den "atmosphärischen" Möglichkeiten liegen. Dabei ist es natürlich fraglich, ob eine Gemeinde tatsächlich Einfluss hat auf den Umgang zwischen Menschen, die an Schulen aufeinandertreffen. Gleiches gilt für ihren Einfluss in Fragen, die in der Kompetenz des Landes liegen. Man müsste einfach ausprobieren, ob einer geschlossen auftretenden Kommune ein Modellversuch im Bereich Fremdsprachen erlaubt wird oder nicht.

Auf jeden Fall sollte die Stadt denjenigen Kindern und Familien, die dies wünschen und annehmen würden, ein massives, während der Ferienzeiten stattfindendes Förderangebot zum frühzeitigen umfassenden Erwerb der deutschen Sprache machen. Den Umfang mögen die Fachleute bestimmen, ebenso mögen sie darüber befinden, wie die zwingend notwendige Koordination mit dem schulischen Deutschunterricht sichergestellt werden kann. Jedenfalls sollte man bis an die Grenze der Belastbarkeit von Kindern gehen sowie an die Grenze dessen, was die Familien an Eigenbeiträgen aufzubringen bereit sind. Vermutlich sollte der Bedarf vorab eruiert werden. Entscheidend ist, dass das Förderangebot so umfassend ist, dass es, nicht *de iure*, aber *de facto* einer Garantie gleichkommt, dass das Sprachproblem von Einwandererkindern bis zum Alter von 12, 13 Jahren ein für allemal gelöst ist. Auf der Basis der Sprachstandserhebungen zum Ende der Kindergartenzeit könnte und sollte auch deutschstämmigen Kindern und Familien ein gleichwertiges Angebot unterbreitet werden. Eine Garantie für eine bestimmte Schullaufbahn kann das Angebot nicht beinhalten, aber eine Garantie dafür, dass es nicht mangelnde Sprachkompetenzen sind, die einem Kind im Weg

stehen. Was immer man sonst im kommunalen Bildungsbereich unternimmt, was immer andere Gemeinden unternehmen, das Ziel sollte lauten: Schüler, die in Neckarsulm die Grundschule und die Orientierungsstufe sowie nebenher die kommunale Sprachförderung besucht haben, können so gut Deutsch, dass fehlende Sprachbeherrschung nicht die Ursache mangelnden Bildungserfolgs sein kann.

Literaturempfehlung und Quellen

20. Allen Interessierten sehr zu empfehlen ist:

Tanja Merkle/Carsten Wippermann, *Eltern unter Druck. Selbstverständnisse, Befindlichkeiten und Bedürfnisse von Eltern in verschiedenen Lebenswelten. Eine sozialwissenschaftliche Untersuchung von Sinus Sociovision im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.*, hrsg. von Christine Henry-Huthmacher/Michael Borchard, Lucius & Lucius, Stuttgart 2008.

Quellen zu den verwendeten Daten:

- Annica Böttcher/Sascha Krieger/Franz-Josef Kolvenbach, *Kinder mit Migrationshintergrund in Kindertagesbetreuung*, in: *Wirtschaft und Statistik*, 2/2010, hrsg. vom Statistischen Bundesamt, Wiesbaden, S. 158-164.
- Deutscher ReiseVerband (DRV) (Hrsg.), *Fakten und Zahlen zum deutschen Reisemarkt 2009. Eine Übersicht*, Berlin 2010.
- Vera Erdmann/Axel Plünnecke/Ilona Riesen/Oliver Stettes, *Bildungsmonitor 2010. Bessere Bildung trotz Haushaltskonsolidierung – Die Chancen des demografischen Wandels nutzen*, Forschungsbericht des Deutschen Instituts der Wirtschaft, im Auftrag der Initiative neue Soziale Marktwirtschaft.
- Staatsministerium Baden-Württemberg, *Expertenrat „Herkunft und Bildungserfolg“ nimmt Arbeit auf*, Website unter <http://www.stm.baden-wuerttemberg.de>
- Statistisches Bundesamt, *Außenhandel. Rangfolge der Handelspartner im Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland*, Wiesbaden 2010.
- *VHS-Kurs rettet Sitzenbleiber aus schulischer Sackgasse*, in: *Heilbronner Stimme*, 26.7.2010, S. 31.

Martin Mogler, Neckarsulm

Der Autor ist Vorsitzender des Fördervereins der Neubergschule Neckarsulm e.V. Er vertritt in diesem Diskussionsbeitrag seine persönlichen Ansichten.

Im vom *Pakt Zukunft* geförderten Fördervereinsprojekt "Rückenwind - Samstagsschule für Grundschüler" unternehmen Verein und Schule den Versuch, die stillgelegte Ressource "Samstagsunterricht" zur Förderung leistungsbereiter Schüler zu nutzen. Infos dazu unter www.fvnbs.de.